



Juni 2008

Gescheitert!

Am 13. Februar 2008 versprach Bildungssenator Zöllner bei der Vorstellung der neuen Organisationsregeln für die Grundschulen: „Aufgabe der Bildungspolitik ist es, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die alle Schulen in die Lage versetzen, Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern. Die quantitative Ausstattung der Berliner Schulen ist ohne Zweifel im deutschlandweiten Vergleich gut. Berlin allerdings hat einerseits Nachholbedarf bei der Organisation der Zuteilung; andererseits bei der Erweiterung von notwendigen Handlungsspielräumen vor Ort. Mit diesen neuen Regeln werde ich für deutlich mehr Transparenz, Flexibilität und Gerechtigkeit in den Berliner Schulen sorgen.“

Der Ende Mai im Namen des Senats dem dbb berlin und auf ausdrücklichen Wunsch des Bildungssenators vom Innensenator vorgelegte Entwurf einer Rechtsverordnung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit von Lehrkräften sah eine Pflichtstundenerhöhung zum 1. August 2008 um zwei Stunden vor. Damit räumte der Senat eindrucksvoll ein, dass in den Berliner Schulen Lehrkräfte in erheblichem Umfange fehlen. Alle gegensätzlichen Feststellungen des Bildungssenators auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Linkspartei seit seinem Amtsantritt über den Personalbedarf haben sich als falsch herausgestellt. Die beabsichtigte Pflichtstundenerhöhung ist eine Bankrotklärung der Bildungs- und Personalpolitik des Senats. Daran ändert auch die Rücknahme des Verordnungsentwurfs nichts, denn: Wie geht es nun in den Berliner Schulen weiter?

Die Absicht, die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu erhöhen, offenbarte auch in erschreckender Weise das Versagen des Bildungssenators. Seine Vorhaben, die Zuteilung der Lehrkräfte neu zu organisieren, neue Handlungsspielräume den Schulleitungen bei der Einstellung von Lehrkräften einzuräumen und dabei die Beteiligungsrechte der Personalräte und Frauenvertreterinnen bei Einstellungen von Lehrkräften einzuschränken, sind gescheitert.

Joachim Jetschmann
Landesvorsitzender des dbb berlin

Weit mehr als 10.000 gegen Nullrunden und Arroganz!

Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit, kriegt gerne Besuch. Anders ist nicht zu erklären, dass er immer noch kein anständiges Angebot vorgelegt hat. Er will also den Konflikt. Am 29. Mai hat er ihn wieder bis vor die „Haustüre“ bekommen. Da haben ihn weit mehr als 10.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin vor dem Roten Rathaus „besucht“. Das Wetter war zwar deutlich besser als beim letzten „Besuch“ im April, die Stimmung aber deutlich schlechter.

Zu deutlich haben Wowereit, Sarrazin und Körting, treu assistiert von der LINKEN, den Beschäftigten gezeigt, wie wenig sie ihnen Wert sind. Deshalb wächst die Wut. Deshalb wächst die Entschlossenheit. Dabei wechseln sich kleine und große Aktionen ab. Nach der Demo vor dem Roten Rathaus plant die dbb tarifunion weitere Aktionen. „Wir haben einen langen Atem. Wir haben berechnete Forderungen. Und wir haben die Bürger hinter uns. Die wollen nämlich auch einen guten und keinen billigen öffentlichen Dienst. Wenn es also sein muss, kommen wir noch oft zu Besuch vor´s Rote Rathaus“, äußerte sich der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann.



dbb tarifunion
STRAFZETTEL
Datum: 22.05.08
Tatort: Tarifstraße in Berlin
Fahrzeughalter: Senator für Inneres Dr. Ehrhart Körting
Tatvorwurf: Tarifwidriges Parken im absoluten Halteverbot auf der Tarifstraße
Verwarnungsgeldhöhe: 3 x 300 Euro und 2,9 %
Beweismittel / Zeuge: Alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes Berlin

dbb tarifunion weist Senatsangebot zurück

Jetschmann: „Einkommensrückstand von 25 Prozent ist nicht hinnehmbar“

Bei den Tarifgesprächen am 16. Mai 2008 in Berlin zwischen der Landesregierung und der dbb tarifunion hat der Berliner Innensenator Ehrhart Körting für die Jahre 2008 und 2009 erneut Einmalzahlungen in Höhe von je 225 Euro für die Beschäftigten in Aussicht gestellt. Die Vertreter der dbb tarifunion haben dieses „Angebot“ umgehend als völlig unzureichend zurückgewiesen.

dbb Verhandlungsführer Helmut Overbeck dazu: „Da scheint die zweite Seite des Angebots zu fehlen. Einmalzahlungen sind in der jetzigen Situation eindeutig zu wenig. Wir brauchen dringend auch Bewegung in der Frage einer linearen Anpassung.“ Auf das unzureichende Volumen des Senatsangebots wies auch der Berliner dbb Landesvorsitzende Joachim Jetschmann hin: „Im Vergleich zu anderen Bundesländern haben die Berliner Kolleginnen und Kollegen inzwischen einen Einkommensrückstand von bis zu 25

Prozent. Das ist nicht hinnehmbar. Wir brauchen mehr Geld im Portemonnaie. Und zwar jetzt.“ Die dbb tarifunion fordert für die Beschäftigten des Landes Berlin die Übertragung der Linearsteigerungen aus den Tarifergebnissen von TV-L und TVöD sowie drei Einmalzahlungen à 300 Euro. Die Verhandlungskommission der dbb tarifunion hat inzwischen mehrfach eingehend über das weitere Vorgehen beraten und den Innensenator um weitere Sondierungsgespräche gebeten. ■



gkl berlin – Fachbereich Feuerwehr

Tag der offenen Tür der Berliner Feuerwehr

Am 22. Juni 2008 findet ab 10:00 Uhr in Berlin-Siemensstadt, Nikolaus-Groß-Weg 2, auf dem Gelände der Feuerwache Charlottenburg-Nord der traditionelle Tag der offenen Tür der Berliner Feuerwehr statt. In diesem Jahr lautet das Motto „100 Jahre Jugendfeuerwehr“. Neben zahlreichen Einsatzvorführungen bietet die in jedem Jahr von mehreren zehntausend Gästen besuchte Veranstaltung ein interessantes Programm rund um das Thema Berliner Feuerwehr, an dem sich neben den Freiwilligen Feuerwehren auch viele Hilfsorganisationen, das Technische Hilfswerk und die Werkfeuerwehren Berlins beteiligen. Natürlich ist auch der **dbb berlin** durch die Fachgewerkschaft **gkl berlin – Fachbereich Feuerwehr** (gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin) mit einem Informationsstand, wie in den vergangenen Jahren, vertreten. Hier wird ein großes Angebot an Informationsbroschüren zu allen Themen des öffentlichen Dienstes für interessierte Besucher bereitgehalten. ■



Stand der gkl berlin



Fahrzeuge der Feuerwache Charlottenburg-Nord



Für Ihren Brief
geben wir
täglich alles.

www.deutschepost.de

Die Post ist da! 6 Tage die Woche, bei Wind und Wetter. Dafür sorgen unsere vertrauenswürdigen und hilfsbereiten Mitarbeiter, ein einzigartiges Logistik-Netzwerk und, an vorderster Stelle, 80.000 freundliche und zuverlässige Postboten. Wir geben eben alles, damit Ihre Post bei uns auch in Zukunft immer in besten Händen ist.

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.

> **Aus dem Berliner Schulleben**

Dr. Jobst Werner

Was nun?

(Zur Änderung der Arbeitsverträge der Schulhausmeister)

Treffen sich Freunde, die schulpflichtige Kinder haben, bei einer Nachbarschaftsfeier: (es folgt das Wortprotokoll meines Lauschens)

Susi: „Schon gehört, an unserer Schule sollen die Elternabende künftig immer zwischen 15 und 16:45 Uhr stattfinden. Nun können weder mein Mann noch ich daran teilnehmen, wir sind doch berufstätig.“

Karl: „Ja, auch bei uns soll es jetzt eigenartige Regelungen geben. Da die Schule um 17 Uhr verschlossen wird, werden mehrere Unterrichtsstunden in eine so genannte nullte Stunde vorgezogen, die wird wohl um 7:05 Uhr beginnen. Da muss unsere Tochter dann den Bus um 6:14 Uhr nehmen.“

Anna: „An der Schule unseres Sohnes sollen in diesem Jahr die Zensurenkonferenzen bereits um 13 Uhr beginnen und dafür wieder Unterricht ausfallen.“

Christiane: „Na sagt einmal, wo gehen denn Eure Kinder zur Schule; bei uns in Wilmersdorf, da gibt es solche Regelungen nicht.“

Susi, Karl und Anna (wie aus einem Munde): „In Steglitz-Zehlendorf.“

Christiane: „Und da gibt es solche Regelungen?“

Karl: „Unser Schulleiter hat uns berichtet, dass die Verträge der Schulhausmeister zum 1. Juli 2008 in der Form geändert worden sind, dass deren Dienst nunmehr montags bis donnerstags um 17 Uhr und freitags bereits um 15 Uhr endet. Die Schulen sind von der zuständigen Stadträtin aufgefordert worden, die schulische Nutzung der Häuser außerhalb dieser Zeiten selbst zu organisieren.“

Anna: „Wir haben auf dem Elternabend erfahren, dass künftig die Lehrkräfte nach einem späteren Unterrichtsschluss die Schule zuschließen müssen.“

Susi: „Und an den Elternabenden muss ein Lehrer die Schule aufschließen und nach dem Ende wieder verschließen. Dazu ist aber wohl die Bereitschaft sehr gering. Wir werden die Elternabende nun wohl in einem Restaurant durchführen. Ob wir wohl unsere Ausgaben dafür erstattet bekommen?“

Karl: (ha, ha) „Sicher nicht.“



Dr. Jobst Werner

Christiane: „Also, als bei uns einmal der Hausmeister länger erkrankt war, da hat diese Aufgaben ein Schließdienst übernommen.“

Karl: „Ja, so etwas hatten wir auch einmal fast ein Jahr lang. Doch an vielen Tagen stand die Schule sogar noch um 23 Uhr offen und hinter manchen Fenstern brannte Licht.“

An einem Morgen waren im 1. Obergeschoss die Wände gar fürchterlich verschmiert. Es sollen sich sogar Menschen dort eingeschlossen haben lassen, die dann dort übernachteten.“

Anna: „Das ist wohl auch der Grund, warum sich die Lehrer und Schulleiter weigern, die Verantwortung zu übernehmen, denn wer die Schule verschließt, muss ja wohl erst einmal einen Gang durch das Haus machen, sich davon überzeugen, dass alle Fenster und Fachraumtüren verschlossen und die Lichter gelöscht sind. In unserer Schule ist wohl auch dann noch eine Alarmanlage zu aktivieren.“

Susi: „Na, ich würde dies auch nicht tun wollen; unser Schulhaus ist so verwinkelt, da hätte ich als Frau Angst, überfallen zu werden.“

Karl: „Ach, was, so schnell wird das schon nicht passieren.“

Susi: „Wer weiß, wer weiß.“

Karl: „Na, ich würde bei einem Elternabend, der um 19 Uhr beginnt, die Schultür um 18:55 Uhr öffnen, sie um 19:03 Uhr wieder verschließen und dann am Ende mit den Eltern gemeinsam das Haus verlassen – was soll schon passieren?“

Susi: „Und wenn Eltern aus beruflichen oder familiären Gründen später kommen?“

Karl: „Dann haben sie Pech gehabt und können gleich zu Hause bleiben; die Lehrkraft kann ja nicht andauernd zur Tür rennen.“

Anna: „Unsere Schule wird bald keinen Schulhausmeister mehr haben; ich habe gehört, unser wirklich großartiger Hausmeister, der die Schule auch bei der erzieherischen Arbeit toll unterstützt hat, sucht eine neue Arbeitsstelle; er wird ab Juli durch den Wegfall des Bereitschaftsdienstes ca. 600 Euro weniger in der monatlichen ‚Lohntüte‘ vorfinden; das kann er sich nicht leisten.“

Susi: „Übrigens liegt an unserer Schule mittlerweile ein Antrag bei der Schulkonferenz vor, künftig keinen Elternsprechtag mehr durchzuführen, der über 17 Uhr hinausgeht. Ich frage mich, was das noch soll?“

Christiane: „Und was sagt die Schulaufsichtsbehörde dazu? Sie ist doch hier gefordert einzuschreiten, kann doch die Schule den ihr gestellten Aufgaben nur noch eingeschränkt nachkommen.“

Susi, Karl und Anna: „??????“

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser, an dieser Stelle breche ich die Wiedergabe der Unterhaltung ab.

Ja, es ist richtig. Nun hat auch der Bezirk Steglitz-Zehlendorf den Schulhausmeistern den Abenddienst, den viele der Hausmeister seit Jahren nach der regulären Arbeitszeit verrichten und damit in manchen Schulen die Durchführung von Unterricht in der gymnasialen Oberstufe nach 17 Uhr noch zu ermöglichen, zum Ende des Monats Juni 2008 vorzeitig gekündigt.

Und wenn Sie noch fragen, wozu denn ein solcher Abenddienst notwendig war, dann hier nur einige Beispiele:

So konnten auch nach der regulären Arbeitszeit der Schulhausmeister und an den Wochenenden Arbeitsgemeinschaften, Klassenfeten, Schulfeste, Elternabende, Lehrerkonferenzen und die Konferenzen der Gesamtelternvertretung zu einer Zeit, zu der auch berufstätige Eltern teilnehmen konnten, stattfinden. Dies hat sich in vielen Schulen sehr positiv auf das Schulklima ausgewirkt.

Nun zieht sich das Bezirksamt hier aus der Verantwortung.

Warum?

Weil der Bezirk für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 vom Land Berlin erheblich weniger Zuweisungen erhalten hat als er benötigt.

Was soll werden?

Schulische Nutzungen sind in der Woche nach den Arbeitszeiten der Schulhausmeister von den Schulen selbst zu organisieren.

Dabei scheint man dort vergessen zu haben, dass Schulen keine eigenständigen Institutionen oder Einrichtungen des Landes Berlin sind.

Im Schulgesetz heißt es:

- Die öffentlichen Schulen sind nicht rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. (§ 7 Abs. 1 Satz 1)
- Den Bezirken obliegt die Verwaltung und Unterhaltung der äußeren Angelegenheiten der allgemeinbildenden Schulen. (§ 109 Abs. 1 Satz 1)
- Hierzu zählen die Maßnahmen für die Schaffung der äußeren Voraussetzungen für das Lehren und Lernen in der Schule, insbesondere der Bau, die Ausstattung und Unterhaltung der Schule nach Maßgabe des § 7 sowie **die Bereitstellung des für den ordnungsgemäßen Betrieb der Schule notwendigen Personals.** (§ 109 Abs. 1 Satz 2)

Und auch die Bestimmungen des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes geben keine Grundlage, die Bezirke von diesen Aufgaben freizustellen bzw. diese den Schulen zu übertragen! – Noch nicht ...

PS 1: Andere Bezirke werden sicher folgen.

PS 2: Im Zusammenhang mit diesem Thema beruft man sich immer wieder auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Zusammenhang mit dem Bereitschaftsdienst von Klinikärzten. U. a. dem Geschäftsbericht des dbb beamtenbund und tarifunion berlin zum 23. April ist unter Punkt 33 „Arbeitszeit-TV für Berlins Schulhausmeister zu entnehmen, dass der Tarifvertrag zur Ergänzung des Anwendungs-TV Land Berlin für den Bereich der Schulhausmeister/innen auch weiterhin sehr wohl Bereitschaftsdienste über die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden erlaubt sind, sofern der/die einzelne Schulhausmeister/in einer solchen Regelung vorher schriftlich zustimmt. – Und das haben eben die meisten in der Vergangenheit auch getan. ■

Berliner Lehrern droht Mehrarbeit

Der Senat hat einen neuen Plan gegen den Stundenausfall an Berliner Schulen: Den Schulleitern soll es demnach ermöglicht werden, ihr Lehrpersonal flexibler einzusetzen – und ihre Arbeitszeit wenn nötig um zwei Stunden zu heben oder zu senken.



In Berlin zeichnet sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Lehrerverbänden und dem Senat ab. Um „drohenden Unterrichtsausfall zu vermeiden“ sollen Berlins Schulleiter nach dem Willen des Senats ab 1. August die Möglichkeit erhalten, die Arbeitszeit von Lehrern in Absprache mit diesen um bis zu zwei Stunden pro Woche zu verlängern. Um einen „flexibleren Einsatz“ der Pädagogen zu ermöglichen, soll ein Schulleiter „die individuelle Unterrichtsverpflichtung eines Lehrers im Benehmen mit diesem um bis zu zwei Stunden heben oder senken“ können, heißt es in einem Entwurf für eine neue Rechtsverordnung, der dem Tagesspiegel vorliegt.

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat das Papier den Gewerkschaften und dem Hauptpersonalrat zur Stellungnahme zugeleitet. Ziel ist es, „den staatlichen Unterrichtsauftrag ausreichend zu gewährleisten“, so die Begründung. Körting verweist im Begleitschreiben auf Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD), der den „Wunsch“ habe, dass die Schulen „auf den strukturellen Lehrbedarf reagieren können“. Innerhalb von vier Jahren soll ein

Ausgleich für die zu viel oder zu wenig geleisteten Stunden erfolgen.

Beamtenbund befürchtet „Geschachere“ um Arbeitszeiten an den Schulen

Der Vorsitzende des Berliner Beamtenbundes, Joachim Jetschmann, bezeichnete die geplante Verordnung als „Bankrotterklärung der Personal- und Bildungspolitik“. Er fürchtet, dass in den Schulen jetzt ein „Geschachere“ zwischen Leitern und Lehrern einsetzt, wenn diese versuchen, eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit abzuwenden. Etliche Kollegien hatten nach dem Amtsantritt Zöllners „Überlastungsanzeigen“ geschrieben und um eine geringere Stundenverpflichtung gebeten.

Berliner Lehrer müssen je nach Schulform 26 bis 28 Wochenstunden unterrichten und liegen im Bundesvergleich im oberen Bereich. Die letzte Arbeitszeiterhöhung hatte schon zu Protesten geführt, zumal auch die Altersermäßigung und die Altersteilzeit gestrichen wurden. (sve)

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 28. Mai 2008)

Kundenmonitor Deutschland 2007:

Anzeige

Die Debeka Krankenversicherung hat die zufriedensten Kunden

Die Kunden bzw. Mitglieder der Debeka Krankenversicherung sind die zufriedensten der gesamten Branche. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Befragung „Kundenmonitor Deutschland“, die jährlich von der Servicebarometer AG durchgeführt wird. Im Jahr 2007 befragte das Marktforschungsinstitut mehr als 21.000 Kunden branchenübergreifend zu ihrem Konsumverhalten und ihrer Zufriedenheit mit Dienstleistungsunternehmen. Zum Thema Krankenkassen und Krankenversicherungen wurden 9.463 Interviews geführt.

Erfragt wurde insbesondere die Globalzufriedenheit: 75,1 Prozent der Debeka-Mitglieder sind mit ihrem Unternehmen „vollkommen zufrieden“ oder „sehr zufrieden“; der entsprechende Wert der Branche liegt bei 61,6 Prozent. Weiterhin dominiert die Debeka in den erfragten Teilaspekten Preis-Leistungs-Verhältnis, Wiederwahlabsicht, Weiterempfehlungsabsicht sowie Wettbewerbsvorteile gegenüber den Mitbewerbern.

Nach Auskunft der Servicebarometer AG gelingt es einzelnen Anbietern in besonderer Weise, die Kundenerwartungen zu erfüllen oder sogar zu übertreffen: „Mit signifikant bestem Globalurteil ihrer Bran-

che können im Kundenmonitor Deutschland 2007 glänzen: Amazon (1,69) bei Buchversand und -clubs, Debeka (1,93) bei Krankenversicherungen, Sparda-Banken (1,97) bei Banken und Sparkassen, Fielmann (1,98) bei Optikern, TUI (2,05) bei Reiseveranstaltern, tegut (2,05) bei Super- bzw. Verbrauchermärkten, Yello Strom (2,14) bei Stromversorgungsunternehmen, Aldi (2,23) bei Lebensmitteldiscountern, O2 Germany (2,40) bei Mobilfunkanbietern.“ Die Debeka ist also nicht nur der kundenfreundlichste private Krankenversicherer; vielmehr belegt sie einen Spitzenplatz unter allen getesteten Unternehmen in Deutschland.

Uwe Laue, der Vorstandsvorsitzende der Debeka-Versicherungsgruppe, kommentiert das jetzt ausgewertete Ergebnis mit den Worten: „Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung. Das positive Urteil bestätigt uns darin, dass wir mit unserer Philosophie, die Mitglieder in den Mittelpunkt all unserer Aktivitäten zu stellen, richtig liegen. Der Testsieg ist für uns Ansporn, unsere führende Position in der privaten Krankenversicherung nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen.“

Debeka
Krankenversicherungsverein a. G.



Kundenmonitor®
Deutschland 2007

TESTSIEGER

Kundenzufriedenheit
Preis-Leistungs-Verhältnis
Wiederwahlabsicht
Weiterempfehlungsabsicht

Branche: Private Krankenversicherungen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Die Debeka hat die
zufriedensten Kunden.

Wir machen weiter so!

erfahren. sicher. günstig.

Landesgeschäftsstelle Berlin
Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (030) 78 80 60
www.debeka.de





Warnstreik „Ultima Ratio“ im ITDZ Berlin

Der IT-Dienstleister des öffentlichen Dienstes in Berlin, das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ), eine Anstalt öffentlichen Rechts (ehemals LED, LIT), wurde am 8. Mai 2008 von den Gewerkschaften gkl berlin und ver.di gemeinsam mit einem Warnstreik belegt.

Die Mitarbeiter des ITDZ fanden sich in der Zeit von 6.00 bis 10.00 Uhr vor dem Haus zu einer Kundgebung zusammen.

Grund ist die andauernde Verweigerungshaltung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen. Offensichtlich sollen die Beschäftigten in die Warteschleife abgeschoben werden. Das wollen sich die Mitarbeiterin-





nen und Mitarbeiter nicht weiter gefallen lassen und fordern unverzüglich:

- Übernahme der Tarifverträge für den übrigen öffentlichen Dienst in Deutschland (TVöD und TV-L oder TVöD-VKA) inklusive der dort vereinbarten Entgeltsteigerungen.

- Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen bis 2020.
- Besitzstandswahrung für alle Bestandsbeschäftigte.

Die Gewerkschaften forderten den Vorstand des ITDZ, Konrad Kandziora, zur Aufnahme von Tarifverhandlungen auf, um endlich den seit zwei Jahren tariflosen Zustand zu beenden. Die Verweigerungshaltung des Vorstandes und die Abkoppelung an Einkommenszuwächse muss ein Ende haben. Wir fordern eine Verbesserung der Einkommen, die Beschäftigten wollen nicht länger in die Warteschleife abgeschoben werden.

Viele wichtige Bereiche und die zentrale Rufnummer der Berliner Verwaltung waren in dieser Zeit nur zum Teil oder gar nicht zu erreichen.

Positiv zu vermerken war, dass sich die Beschäftigten – trotz Urlaub und bevorstehende Pfingstfeiertage – zahlreich an diesem Warnstreik beteiligt haben. Begrüßenswert aus Sicht der Betriebsgruppe der gkl berlin beim ITDZ war die Unterstützung vor Ort durch den Landesvorsitzenden des dbb berlin, Joachim Jetschmann, und den Landesvorsitzenden der gkl berlin, Frank Becker, sowie Kollegen der Betriebsgruppe Charité.

Der rege Antrag am Infobus und Infostand der gkl zeigte, dass die Beschäftigten voll und ganz hinter dieser Aktion standen.

Auch wenn in den Medien immer wieder der Eindruck erweckt wird, nur ver.di rufe zu Streiks auf und nur ver.di-Kollegen befänden sich im Warnstreik, wurde das hier vor Ort ganz anders wahrgenommen.



Die gkl-Kolleginnen und -Kollegen sind hoch motiviert, denn sie wissen, dass gerade für alle Beschäftigten des ITDZ viel von diesen Tarifverhandlungen abhängt.

Argumenten der Arbeitgeberseite, die öffentlichen Kassen sind leer, Löhne dürfen nur maßvoll steigen, die Arbeitszeit muss verlängert werden. Mit diesen und weiteren Forderungen der Arbeitgeber setzt sich die gkl berlin mittels der Tarifunion kritisch auseinander.

Der Versuch der Arbeitgeberseite zur Einschüchterung der Beschäftigten – Meldepflicht wer am Streik teilgenommen hat – ging ins Leere. Alle Beschäftigten wurden im Vorfeld über ihre Rechte durch die Gewerkschaften aufgeklärt.



„Die Teilnahme an einem rechtmäßigen (Warn-) Streik stellt keine Verletzung des Arbeitsvertrages dar. Maßregelungen durch den Arbeitgeber wegen der Teilnahme an einem Streik sind verboten. Der bestreikte Arbeitgeber darf deshalb dem/der streikenden Arbeitnehmer/in nicht kündigen. Nach Ende des Streiks besteht ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Während des Streiks ruht das Arbeitsverhältnis“.

Streik im ITDZ bedeutet nicht, die Arbeit ruhen zu lassen, sondern diese Zeit zu nutzen, um auf unsere Probleme aufmerksam zu machen und an Lösungen zu arbeiten!

Betriebsgruppe
gkl im ITDZ



Erfolgreiche Fachtagung für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter

Im Rahmen einer Fachtagung für die vom dbb berlin benannten ehrenamtlichen Richterinnen und Richter erhielten die über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 7. Mai 2008 große Einblicke in die Arbeit der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen an den verschiedensten Gerichtsbarkeiten. Als Referenten waren vor Ort der Vorsitzende Richter am Landgericht, Herr Thomas Seifert, Herr Christian Richter (Richter am Verwaltungsgericht) und Herr Dr. Kay Wollgast (Richter am Arbeitsgericht). ■



Die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes von Berlin, Frau Margret Diwell sprach zu den ehrenamtlichen Richtern und Richterinnen und hielt einen sehr eindrucksvollen Vortrag über den Verfassungsgerichtshof Berlin.



Zusammenführung von Fachhochschulen darf nicht wieder behindert werden

Zum 1. April 2009 sollen die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR) und die Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (FHW) zu einer Fachhochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (FHWR) fusionieren: Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde vom Berliner Senat Ende April 2008 in das Abgeordnetenhaus eingebracht.

Dieser Vorgang hat in mehrfacher Hinsicht Pilotcharakter: Ganz vordergründig fusionieren damit eine Ostberliner Hochschule – die FHVR hat ihren Sitz auf dem Campus Lichtenberg – und eine Westberliner Hochschule – die FHW befindet sich in Schöneberg – zu einer Gesamt-Berliner Einrichtung.

Zum Zweiten fusionieren damit eine wirtschaftsorientierte Einrichtung und eine Institution, die sich auf öffentliche Aufgaben fokussiert.

Zum Dritten fusionieren damit zwei Hochschulen, die sowohl über freie als auch über duale Studiengänge verfügen: Die meisten Studiengänge an beiden Hochschulen können von Studierenden unmittelbar gewählt werden, einige Studienprogramme sind aber nur über öffentlich-rechtliche ArbeitgeberInnen (Kammergerichtspräsidentin und Polizeipräsident) bzw. Unternehmen (von Ikea bis Reichelt) zugänglich.

Hinter dem Fusionskonzept stehen zwei Desiderate: Zum einen schätzt der Wissenschaftsrat sowohl die die FHVR als auch die FHW als stark spezialisierte, geradezu monostrukturelle Hochschulen ein.

Zum anderen ist zumindest die FHVR mit nicht einmal 2.000 Studierenden eine relativ kleine Hochschule, die in bestimmten Bereichen nur noch über „Einpersonen-Professuren“ verfügt, die weder Forschung noch Lehre auf best practice Niveau zulassen.

Diese beiden Manki soll die geplante Fusion beheben: Die neue Hochschule soll nicht nur die Bereiche Wirtschaft, Verwaltung und Recht abdecken, sondern sich auch den Schnittstellen zwischen diesen Handlungsfeldern widmen.

Aber: Diese beiden Problemzonen der bisher selbstständigen Fachhochschulen können nur dann wirklich beseitigt werden, wenn die von den Hochschulen gewollte und vom Parlament angeordnete formale Fusion zu einer echten Fusion, eben zu einer „integrativ-synergistischen“ Fusion wird.

Dies verlangt aber über den reinen Gesetzesbeschluss hinaus tatsächliche Anstrengungen: Zwecks Ausbaus eines Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsinformationszentrums müssen die entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen der bisherigen FHVR und des



Prof. Dr. Hans Paul Prümm, Rektor der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin

Fachbereichs 2 der bisherigen FHW, der Berufsakademie, auf dem Campus Lichtenberg gebündelt werden. Die in der Gesetzesbegründung angesprochene Ergänzung der komplementären Lehrkörper funktioniert letztlich natürlich nur dann, wenn die Lehrenden und Lernenden vor allem der Berufsakademie auf den Campus Lichtenberg ziehen.

Nimmt man die Begründung des Senats für eine Säule „Recht“ ernst, spricht dies auch für eine Konzentration der Rechtsstudienfächer auf dem Campus Lichtenberg – das Gerüst in Form der „Berlin Law School“™ existiert schon.

Um die bisherige auf öffentliche Aufgaben konzentrierte Bibliothek der FHVR auch für Wirtschaftsstudierende attraktiv zu machen, muss die an Wirtschaftsfächern orientierte Bibliothek des Fachbereichs 2 der FHW auf den Campus Lichtenberg verlegt werden.

Für alle diese Maßnahmen gilt der Grundsatz: Je schneller desto besser, denn erst in dem Maße wie die Berufsakademie aus ihren bisherigen Räumen auf den Campus Lichtenberg umzieht, können die dort gezahlten Fremdmieten zugunsten des Landes Berlin gespart werden.

Hier zeigen sich also die über die wissenschaftspolitisch initiierten Synergieeffekte zugleich haushaltsmäßigen Vorteile intelligenten Sparens.

Hans Paul Prümm

Kein Geld für uns – kein Geld für den Senat

DPoIG: Gemeinsame Aktion von Polizeigewerkschaft und Steuergewerkschaft erfolgreich

Die Einnahmeausfälle des Senats haben sich heute erneut erhöht. Durch die gemeinsame Aktion der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) unter dem Dach der dbb tarifunion wurde dem Senat spürbar klargemacht, wer die Einnahmen für diese Stadt erzielt und verwaltet. Für diesen zentralen Streiktag flossen damit keine Steuergelder in die Berliner Landeskasse, zusätzlich ergeben sich Einnahmeausfälle bei den Berliner Ordnungsämtern. Die Ausfallschätzungen liegen in sechsstelliger Höhe.



Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtendund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung. Die nächste Redaktionskonferenz findet am 17. Juni 2008 statt.

Verantwortlich i. S. d. P.: Joachim Jetschmann, p. A. dbb berlin, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Telefon 0 30/3 27 95 20, Telefax 0 30/32 79 52 20, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.
Anzeigenverkauf: dbb verlag GmbH, Katy Netz
Telefon 0 30/7 26 19 17 24, Telefax 0 30/7 26 19 17 40
Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf. Layout: Marian-Andreas Neugebauer. Fotos: dbb berlin, MEV.

Stefan Schüle, Streikleiter der DPoIG: „Der Streik richtet sich gegen das Land Berlin, nicht gegen die Bevölkerung. Immerhin hat sich der Senat bewegt, aber das Angebot von gestern ist in dieser Höhe völlig inakzeptabel. Der Innensenator versucht, uns auf diesem Weg den Schwarzen Peter zuzuschieben, aber das werden wir in den morgigen Verhandlungen klären.“

An der heutigen Aktion haben sich 250 Kollegen von Steuer, Polizei und Ordnungsämtern beteiligt. Detlef Dames, Landesvorsitzender der DSTG: „Es ist erbärmlich, die Politiker erhöhen sich die Diäten und wir sollen welche machen! Wir wollen an der bundesweiten Einkommensentwicklung teilhaben!“

